Juni 2023
erscheint vierteljährlich

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft

GEW regional

Zeitung der Kreisverbände Groß-Gerau und Main-Taunus

Zeit für gute Bildung

Zeit für mehr Zeit –
Zeit für gute Bildung
S. 3

Aus dem Alltag einer Integrationslehrerin
S. 6

Schulentwicklung in Rüsselsheim
S. 16

Inhalt

Zeit für mehr Zeit – Zeit für gute Bildung 3

Aus dem Alltag einer Integrationslehrerin 6

Last Call: Die Zeit läuft 8

Nach der Tarifrunde ist vor der Tarifrunde 9

Willkommen, liebe LiV 11

Mitgliederversammlungen der GEW Kreisverbände 12

Grundschule Süd-West Eschborn erhält Inklusionspreis 14

Schulentwicklung in Rüsselsheim – Gespräch im Rathaus 16

Ungebrochen solidarisch – Der 1. Mai in Rüsselsheim 19

Der vermessene Mensch – Filmvorführung in Groß-Gerau 22

Einladung zum Sommerfest des GEW KV Groß-Gerau 23

Impressum

Herausgeber
Kreisverband Groß-Gerau und
Kreisverband Main-Taunus der
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Redaktion
Bernd Heyl, Katja Pohl,
unter Mitarbeit von Harald Freiling

Satz und Druck
Druckerei Michael Bode, Wiesbaden

Postanschrift und Geschäftsführung
Bernd Heyl
Tel.: 06152/1877471
Walther-Rathenau-Straße 36, 64521 Groß-Gerau
E-Mail: bernd.heyl@t-online.de

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Bildungskatastrophe

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: In Deutschland bahnt sich, wie in den 1960er Jahren, eine Bildungskatastrophe an. Knapp 50.000 junge Menschen verlassen laut Bertelsmann Stiftung die Schule ohne Schulabschluss, rund 20 Prozent der Viertklässler erreichen nicht die Mindeststandards im Lesen, Rechnen und Schreiben und nicht zuletzt durch die Corona bedingten Unterrichtsausfälle haben Kinder psychische und physische Leiden davongetragen. Dazu kommt: Mehr als jedes fünfte Kind ist von Armut betroffen. In Rüsselsheim sind dies laut Sozialdatenmonitor des Kreises 19,8 Prozent. Für das Jahr 2030 prognostiziert der Essener Bildungsforscher Klaus Klemm eine Lücke von mehr als 80.000 Lehrkräften bundesweit. Nicht ausgebildete, schnell angelernte und oft befristet beschäftigte angestellte Lehrkräfte sind keine Lösung. Die Kreditanstalt für den Wiederaufbau (KfW)beziffert für das Jahr 2022 den Sanierungsstau an deutschen Schulen auf über 45 Milliarden Euro.

Das betrifft auch Rüsselsheim. Die Georg-Büchner-Schule, die Gehart-Hauptmann-Schule und die Grundschule Königstädten warten seit Jahren auf ihre überfällige Sanierung. Nur ein deutliches Plus bei den Investitionen in die Bildungseinrichtungen führt aus der Bildungskatastrophe. Dazu gehört auch, dass sich die Arbeitsbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer nachhaltig verbessern müssen. Vor diesem Hintergrund startet die GEW ihre Kampagne „Zeit für mehr Zeit“, arbeitet ein bundesweites Bündnis an einer Kampagne „Bildungswende JETZT!“ Es ist Zeit für bessere Arbeitsbedingungen, eine höhere Chancengleichheit für Kinder aus finanzschwachen Haushalten und eine deutlich verbesserte Infrastruktur für Bildung, Erziehung und Forschung.

Es ist Zeit aktiv zu werden:

- **Kommt am 5. Juli zwischen 10.00 und 12.00 Uhr zur Aktion „Wir backen unsere Lehrer:innen selbst“ auf dem Marktplatz in Rüsselsheim.**
- **Kommt zum Treffen der GEW-Vertrauensleute im Main-Taunus-Kreis am 5. Juli um 15.00 Uhr in der Konrad-Adenauer-Schule Kriftel.**
- **Kommt am 20. September 2023 zur Groß-Demonstration in Frankfurt.**

Bis dahin wünscht die Redaktion von GEW regional allen Leser:innen eine erholsame und stärkende Sommerzeit.

Bernd Heyl

Zeit für mehr Zeit –
Zeit für gute Bildung

„Zeit für gute Bildung werden wir nicht geschenkt bekommen“, so Thilo Hartmann, Vorsitzender der GEW Hessen, der bei den beiden Mitgliederversammlungen der Kreisverbände Main-Taunus und Groß-Gerau die GEW-Kampagne „Zeit für mehr Zeit“ vorstellte.

Steigende Belastungen an den Schulen

Zunächst betrachtete Thilo Hartmann die Situation an den hessischen Schulen, wo sich auf allen Ebenen ein Lehr- und Fachkräftemangel feststellen lasse. Während in diesem Schuljahr 25.500 Schülerinnen und Schüler hinzukamen, wurden 140 neue Stellen für Lehrkräfte geschaffen. Die Anzahl der TV-H-Kräfte stieg um 11%. 2000 Stellen sind unbesetzt. Die Folgen sind Unterrichtsausfall, Qualitätsverlust und in der Folge eine Öffnung der sozio-ökonomischen Schere, weil die Schule unter diesen Bedingungen soziale Benachteiligung verschärft, anstatt sie durch gute Bildungsangebote für alle Schülerinnen und Schüler zu kompensieren. Für die Beschäftigten in den Schulen bedeutet dies vor allem steigende Arbeitsbelastung und gesundheitliche Risiken in Folge von Überlastung.

Wie reagiert das Hessische Kultusministerium?

Anstatt einzugestehen, dass die seit 2015 zu niedrig angesetzten Prognosen für die Schülerzahlen korrigiert und zusätzliches Personal gewonnen und ausgebildet werden muss, würden die Probleme verschwiegen. Wenn das HKM stolz mitteilt, wir hätten „so viele Stellen wie nie zuvor“ an den Schulen, dann werden dabei auch erkrankte sowie Kolleginnen und Kollegen in Teil- oder Elternzeit mitgezählt. Vollzeitäquivalente, die ein realistisches Bild zeigen könnten, würden nicht verglichen. Öffentlich wird erklärt, der Unterricht sei größtenteils sichergestellt. Die Bedingungen unter denen dies geschieht, Belastungen und oftmals Qualitätsverluste werden nicht offengelegt.

Die Reaktion der Kultusministerkonferenz

Entschieden wandte Hartmann sich gegen die meisten Vorschläge der Ständigen wissenschaftlichen Kommission der KMK: Altersbedingte Entlastungen abschaffen, Einschränkung früherer Pensionseintritte, Begrenzung der Möglichkeiten

Thilo Hartmann, Vorsitzender der GEW Hessen
Foto: Robert Hottinger

zur Teilzeitbeschäftigung, befristete Erhöhung von Unterrichtsstunden und Erhöhung der Klassenfrequenzen – zusammengefasst: weitere Arbeitszeiterhöhung sowie Verschlechterung der Lernbedingungen. Dies alles würde die Probleme zusätzlich verschärfen.

Völlig unrealistisch seien die Vorschläge zur Einschränkung von Teilzeitarbeit. Ein Potential an Arbeitskraft werde in den Berechnungen der KMK nur vorgetäuscht, da die meisten Kolleginnen und Kollegen in Teilzeit dies familienbedingt tun und überhaupt keine Möglichkeit haben, ihre Arbeitszeit zu erhöhen. Fälschlich mitgezählt habe man auch kleine Verträge, mit denen ein spezieller Fachbedarf z.B. an berufsbildenden Schulen gedeckt wird. Personen, die nebenberuflich ihr Expert:innenwissen einbringen, tun dies stundenweise und können demzufolge nicht mit der vollen Arbeitszeit an der Schule tätig sein. Es verbleibe eine kleine Anzahl von Teilzeitkräften, die „voraussetzungslose“ Teilzeitanträge gestellt haben. Diese Personen haben dafür gute Gründe, häufig werde die Arbeitszeit nur um wenige Stunden reduziert, um die Belastungen des Berufs zu reduzieren. Wenn man diese Kolleginnen und Kollegen zwingen würde, auf das volle Deputat zu erhöhen, gefährde man ihre Gesundheit und verliere am Ende noch mehr Personal.

Die Forderungen der GEW

Möglichkeiten zum Quereinstieg sowie erleichterte Anerkennung ausländischer Abschlüsse seien sinnvolle Vorschläge der Expertenkommission, die die GEW unterstützt und über die mehr diskutiert werden sollte. Notwendig sei darüber hinaus eine

Selbstverpflichtung der Länder, genügend Lehrkräfte auszubilden.

Als kurzfristige Maßnahmen sollten, so Thilo Hartmann, Einstellungsangebote für alle auf der Rangliste gemacht, multiprofessionelle Teams als Unterstützung an allen Schulen geschaffen und verpflichtende Weiterbildung für Vertretungslehrkräfte innerhalb der bezahlten Arbeitszeit eingerichtet werden.

Durch spürbare Verbesserung der Arbeitsbedingungen solle die Attraktivität des Lehrberufs erhöht werden. Der Mangel müsse in Vollzeitäquivalenten transparent erfasst werden, da die Anzahl der Stellen noch keinen Überblick über die tatsächliche Bedarfsdeckung gebe.

Um langfristig den Bedarf zu decken, müsse die Zahl der Studien- und Referendariatsplätze so angehoben werden, dass dabei Puffer im Personalbedarf eingeplant sind. Und vor allem müssten die Arbeitsbedingungen spürbar verbessert werden.

Einzelaspekte der Belastung zusammendenken

Die Ergebnisse der an Frankfurter Schulen exemplarisch durchgeführten Arbeitszeit- und Belastungsstudie von 2020 haben gezeigt, dass an den Schulen regelmäßig über die vorgesehene Arbeitszeit hinaus gearbeitet wird und darüber hinaus Belastungen durch hohe Arbeitsintensität entstehen. Vielfältige Tätigkeiten außerhalb des Unterrichts haben in den letzten Jahren zugenommen.

Die Kampagne „Zeit für mehr Zeit“

Die GEW-Kampagne „Zeit für mehr Zeit“ bezieht sich auf viele Einzelaspekte, die ineinandergreifen wie die Zahnräder, die auf den Kampagnenplakaten abgebildet sind. Um die Bedingungen zu verbessern, muss an vielen Stellschrauben gedreht werden. Dies bedeutet insbesondere kleinere Klassen, Senkung der Pflichtstundenzahl, höhere Personalratsfreistellung und Erhöhung der Schuldeputate: Keine neue Aufgabe ohne Entlastung. Mit bedacht werden müssen die Arbeitsbedingungen im Ganztag, bei der Inklusion sowie die Digitalisierung.

Treffen der Personalräte und GEW-Vertrauensleute im Main-Taunus-Kreis

Am Mittwoch, 5. Juli 2023, 15-17 Uhr in der Konrad-Adenauer-Schule Kriftel
Themen werden unter anderem sein:

- GEW-Kampagne „Zeit für mehr Zeit“
- Korrekturzeiten für Abschlussprüfungen
- Zuweisungen für das kommende Schuljahr
- Last Call TV-EGO-L-H
- Tarifänderungen

Die Plakate „Zeit für mehr Zeit“ mit den unterschiedlichen Slogans sind inzwischen bekannt. Jetzt gilt es, die Kampagne zu unserer Sache zu machen und sich im Kollegium aktiv an den Aktionen der GEW zu beteiligen.

- Thilo Hartmann lud in seinem Vortrag dazu ein, sich mit eigenen Wünschen, Kritik und Vorschlägen an die GEW zu wenden: mehr-Zeit@gew-hessen.de
- Vom 26.06. bis 07.07.2023 finden die Aktionstage vor Ort an den Schulen statt.
- Am 20.09.2023 werden wir am Weltkindertag mit Bildungsdemonstrationen in Kassel, Gießen, Fulda, Frankfurt und Darmstadt einen Bildungsblitz durch Hessen senden.

Katja Pohl

Wir backen Pädagog:innen!

Wo? Marktplatz in Rüsselsheim

Wann? Am 5. Juli 2023 zwischen 10 und 12 Uhr

Die GEW Hessen fordert in der aktuellen Kampagne „Zeit für mehr Zeit – Zeit für gute Bildung“ und im Kreisverband backen wir die fehlenden Lehrer:innen, UBUS-Kräfte, Sozialpädagog:innen und Erzieher:innen einfach selbst.

Am 5. Juli 2023 werden wir auf dem Marktplatz in Rüsselsheim zwischen 10 und 12 Uhr unser pädagogisches Backwerk aus Quark-Hefeteig unter die Leute bringen, auf die Folgen des Personalmangels aufmerksam machen und unseren Forderungen Nachdruck verleihen. Wer es sich einrichten kann, ist herzlich willkommen: Herr Lorz, kommen Sie aus dem Quark!

Fotos von kleineren Aktionen an Schulen, bei denen auf die aktuelle Situation aufmerksam gemacht wird, nehmen wir gerne unter info@gew-gg-mtk.de entgegen.
Darüber hinaus würden wir uns über eine rege Teilnahme an den Großdemonstrationen in Kassel, Gießen, Fulda, Frankfurt und Darmstadt **am 20. September 2023** freuen. Die Kreisverbände Groß-Gerau und Main-Taunus nehmen an der **Demonstration in Frankfurt** teil.

Aus dem Alltag einer Integrationsklasse

Im Schulamtsbezirk Groß-Gerau/Main-Taunus gibt es mittlerweile ca. 220 Integrationsklassen. Um den Bedarf nur halbwegs decken zu können, wurde die Gruppengröße vom Kultusministerium von 16 auf 19 erhöht und vielen Schulen fällt es aufgrund begrenzter Raumkapazitäten schwer, dieses Lernangebot zu realisieren. Es gilt Schüler:innen aus sehr unterschiedlichen Herkunftsländern auf den Regelunterricht vorzubereiten und in das deutsche Schulsystem zu integrieren. Viktoriya Jost, Klassenlehrerin einer I Klasse, berichtet aus ihrem Alltag.

Das Besondere an Integrationsklassen im Vergleich zu Regelklassen ist, dass man keinerlei Kontinuität zu erwarten hat. Heute, am 10. Januar 2023, beginnt mein Tag damit, dass wieder zwei neue Schüler:innen in der I Klasse erscheinen.
Die Kinder kommen, weil die Familie sich entschieden hat oder von äußeren Umständen in ihrem Heimatland gezwungen wurde, nach Deutschland zu gehen. Die Ankunft des Kindes in Deutschland ist aber nicht entscheidend für den Zeitpunkt der Aufnahme in die Schule, genauer gesagt in die I Klasse, sondern auch die Zeit der Unterlagenbearbeitung im zuständigen Schulamt und die vorhandenen Plätze in unseren I Klassen. In der letzten Zeit mussten die Schüler:innen bis zu sechs Monate auf die Aufnahme warten. So auch die beiden Kinder, die heute in die Schule gekommen sind, traurig aber wahr.
Und nun sind sie bei mir. Ich bemühe mich, sie so herzlich und offen wie möglich zu empfangen. Ich weiß, wie lang manchmal der Weg zu diesem Klassenraum war, wie sehr sie auf diesen Moment gewartet haben, wie sehr sie sich nach Geborgenheit sehnen, die ja für diese Kinder auch in der Schule besonders wichtig ist. Damit ich sie aufnehmen kann, müssen erst andere Schüler:innen, die ich in der IK unterrichte, in die Regelklasse gewechselt haben.
Apropos Platz… Neuerdings dürfen 19 statt 16 Schüler:innen in einer I Klasse gleichzeitig unterrichtet werden. Wie gelingt Integration unter diesen Umständen? Man muss wissen, die Kinder sind neu in Deutschland angekommen, die meisten von ihnen ohne Deutschkenntnisse. Schon bei der Vorstellung gibt es Probleme, Manche Kinder kennen das lateinische Alphabet nicht, manche können gar nicht lesen.
Die Schüler:innen, die schon länger in der Klasse sind, gähnen. Schon wieder, womöglich zum 10. Mal innerhalb der letzten 2-3 Monate gibt es eine große Vorstellungsrunde. Die Neuen sollen die Klasse kennenlernen.
Und dann beginnt der Unterricht. 7 Schüler:innen, die am längsten in der Klasse sind, also seit ca. 4-6 Monaten, bekommen Arbeitsaufträge und müssen selbstständig arbeiten, während ich andere mit Alphabetisierungsunterlagen versorge. Wie immer habe ich auch heute ein schlechtes Gewissen dabei, denn eigentlich kann ich ihnen bei Weitem nicht die Förderung bieten, die sie benötigen. Ich kann mit ihnen nur selten Lesen üben oder Übungen zum Hörverstehen oder zur Aussprache machen. Manchmal, wenn die Gruppe leichte Wörter liest,

binde ich sie ein. Das ist aber in den meisten Fällen gar nicht möglich.
Oh ja, die Neuen habe ich beinahe vergessen, ich renne zu ihnen und erkläre zunächst, wie die Arbeit mit den Büchern funktioniert. Ich habe sie zu den Schüler:innen gesetzt, die im November und Dezember kamen. Ich nenne sie alle jetzt Anfänger und setze sie zusammen, damit sie sich in der Gruppe gegenseitig helfen. Ein Junge davon hat Probleme mit der Motorik, er kann den Stift nur schwer halten, ein paar Kinder, frisch aus einem Kriegsgebiet dazugekommen. Sie sind nur bedingt bei der Sache, denn mit ihrem Kopf sind sie immer noch zu Hause…
Kinder in der I Klasse brauchen mehr Zuwendung, mehr individuelle Förderung durch Sprachlehrer. Denn der Spracherwerb funktioniert nicht so gut, wenn die SuS in der meisten schulischen Lernzeit alleine an den Aufgaben arbeiten müssen, während die Lehrerin zwischen 3 bis 4 unterschiedlichen Lerngruppen rotiert, ohne ihnen allen gerecht zu werden.
Dann beginnt der erste Streit für heute: Schüler M. beleidigt Schülerin B. Ich konnte es gar nicht erkennen, was sie zueinander sagten, denn ich kann nicht alle Muttersprachen verstehen. Ich muss intervenieren. Langsam und geduldig: „Nein, wir schlagen uns nicht, wenn wir wütend sind“ mehrfach sagen und das Ganze mit Gestik bekräftigen. Diese Sprache verstehen alle Kinder. Der Konflikt bringt alle in Aufruhr und die Lernphase ist leider unterbrochen. Es klingelt zur Pause.
Oft habe ich das Gefühl, ich kann viel zu wenig für diese Kinder tun, weil die Gruppe einfach zu groß ist. Ich habe kaum Zeit, um die Aufgaben mit allen drei Gruppen einzeln ordentlich zu besprechen. Ich habe kaum Zeit, um mit jeder Gruppe ihrem Sprachniveau angemessene Hörübungen durchzuführen. Ich habe zu wenig Zeit, um mit ihnen schreiben zu üben, in jedes Heft reinzuschauen, individuelle Hilfe zu leisten.
Ein blödes Gefühl fast nach jeder IK Stunde.

Viktoriya Jost, IK-Klassenleitung,
IGS Mainspitze in Ginsheim-Gustavsburg

Historisch bedeutsame Orte im Kreis Groß-Gerau

Die Gründungsgeschichte von Allmendfeld

Samstag 16. September 2023
14:00-16:00 Uhr
Treffpunkt: Gernsheim,
Ortsteil Allmendfeld; Bürgerhaus
Referent/ Tourbegleiter: Bernd Heyl
Eintritt frei

Hartnäckig hält sich das Gerücht, Allmendfeld sei in der Form eines Hakenkreuzes errichtet worden. Wie auch immer: Die Dorfgründung erfolgte 1937 als NS-Musterdorf. Sie war auch der Schlusspunkt immer wieder neu aufgelegter Programme zur Riedentwässerung. Die Dorfgründung ist aber auch untrennbar mit der Agrarpolitik und dem Erbhofgesetz der Nazis verbunden. Bernd Heyl stellt die Ergebnisse des mittlerweile vergriffenen Buchs "Zur Gründungsgeschichte von Allmendfeld, Hessenaue und Riedrode" vor. Wir treffen uns beim Bürgerhaus Allmendfeld zu einem Rundgang durch den Ort.

In Kooperation mit Arbeit und Leben Südhessen, DGB KV Groß-Gerau

Anmeldung in der KVHS Groß-Gerau, Tel.: 06152 – 1870-0, E-Mail: info@kvhsgg.de

Last Call: Die Zeit läuft

Frist für Anträge zur Überleitung in den TV EGO-L-H endet am 31.07.2023

In mehreren Beiträgen in GEW regional und auf unserer Homepage www.gew-gg-mtk.de haben wir über die neue tarifvertragliche Regelung zur Eingruppierung der Lehrkräfte an den hessischen Schulen, den TV EGO-L-H, berichtet. Er eröffnet vielen Lehrerinnen und Lehrern und sozialpädagogischen Fachkräften mit einem TV-H-Vertrag den Zugang zu einer besseren Eingruppierung. Wird die höhere Eingruppierung bewilligt, gilt sie rückwirkend zum 1.8.2022, die Differenz zum bisherigen Gehalt wird nachgezahlt.

Informationen im Kollegium weitergeben!

Inzwischen können wir erfreut feststellen, dass die Anträge durch das Staatliche Schulamt zeitnah und sachlich korrekt bearbeitet werden. Allerdings bewegt sich die Zahl der Anträge angesichts von mehr als 1.000 Beschäftigten mit einem TV-H-Vertrag in der Region Groß-Gerau/Main-Taunus immer noch auf einem niedrigen Niveau. Noch immer kursieren Gerüchte, ein Antrag auf Überleitung könne auch zu einer Rückstufung führen. Der Bestandsschutz für Beschäftigte, die vor dem 1.8.2022 bereits im Dienst des Landes Hessen waren, und eine ausdrückliche Klarstellung durch das Kultusministerium und das Staatliche Schulamt schließen eine solche Schlechterstellung aus.
Eine FAQ-Liste des HKM findet man unter https://kultusministerium.hessen.de/schuldienst/tv-ego-l-h.

Nicht auszuschließen sind dagegen kurzfristige Nachteile durch die Regelungen zur Stufenlaufzeit bei Kolleginnen und Kollegen, die in der Zeit nach dem 1.8.2022 oder zeitnah in den nächsten Monaten einen Stufenaufstieg vor sich haben. Deshalb empfehlen wir weiterhin eine Beratung durch die GEW.

Außerdem bitten wir alle GEW-Mitglieder in den Kollegien, die GEW-Vertrauensleute und alle Personalräte alle Kolleginnen und Kollegen, die schon vor Inkrafttreten des TV EGO-L-H am 1.8.2022 eingestellt und nach dem alten Erlass eingruppiert wurden, auf den neuen Tarifvertrag und die entsprechenden Informationsangebote der GEW hinzuweisen.

Besonders deutliche Vorteile haben Lehrkräfte ohne Hochschulabschluss, die zum Teil seit vielen Jahren dieselbe Arbeit wie Lehrerinnen und Lehrer im Beamtenverhältnis machen und trotzdem in den Entgeltgruppen 5 oder 6 eingruppiert sind. Sie haben jetzt endlich nach drei, vier oder fünf Jahren die Möglichkeit für einen Aufstieg um bis zu drei Entgeltgruppen, wenn sie bestimmte Fortbildungen nachweisen können und – auf der höchsten Stufe – das notwendige Schulleitungsgutachten zu ihrer Bewährung vorlegen können. Dieser Aufstieg in mehreren „Kaskaden“ ist übrigens auch nach dem genannten Stichtag am 31.7.2023 möglich, wenn weitere Jahre zurückgelegt und weitere Fortbildungen nachgewiesen werden können.

Harald Freiling

Die GEW berät ihre Mitglieder

Die GEW bietet ihren tarifbeschäftigten Mitgliedern eine individuelle Rechtsberatung an, ob es sich für sie lohnt, einen Antrag auf Überleitung in die neue Entgeltordnung zu stellen, und wie ein solcher Antrag gestellt wird:

- Der Beratungsanspruch besteht ab dem Zeitpunkt, zu dem die Mitgliedschaft beantragt wird: https://www.gew.de/mitglied-werden
- Weitere Informationen: https://www.gew-hessen.de/entgeltordnung-lehrkraefte-tv-ego-l-h
- Für Beratungsanfragen nutzen Sie unsere Mailadresse: info@gew-gg-mtk.de

Nach der Tarifrunde ist vor der Tarifrunde

In den letzten Wochen erreichten uns einige Anfragen zur aktuellen „Tarifeinigung im öffentlichen Dienst“, denn sowohl die Warnstreiks, zu denen die GEW gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes aufgerufen hatten, als auch das Ergebnis mit Einmalzahlungen in Höhe von insgesamt 3.000 Euro, die zwischen Juni 2023 und Februar 2024 steuer- und abgabenfrei ausgezahlt werden, und Gehaltserhöhungen um einheitlich 200 Euro zuzüglich 5,5 Prozent ab dem 1.3.2024 hatten für Schlagzeilen gesorgt.

Der einheitliche Tarifvertrag ist Geschichte

Diese Anfragen veranlassen uns hier zu einigen Erläuterungen zur Tarifstruktur im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik (ÖD).

Der einheitliche „Bundesangestellten-Tarif“ für alle Beschäftigten des Bundes, der Länder und der Kommunen, besser bekannt als BAT, ist lange Geschichte. Derzeit gibt es drei für uns in Hessen relevante Tarifverträge:

- **Der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD)** gilt für die Beschäftigten des Bundes und der Kommunen. Für den Organisationsbereich der GEW gilt er also beispielsweise für Erzieherinnen und Erzieher in kommunalen Kitas oder für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter und sozialpädagogische Fachkräfte, die bei einer Kommune oder bei einem Landkreis angestellt sind. Er gilt außerdem für alle „freien Träger“, die sich dem TVöD angeschlossen haben. Verhandlungspartner sind die Bundesregierung und die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber auf der einen Seite und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes auf der anderen Seite. Die Streiks und die letztliche Einigung, die jetzt für Schlagzeilen gesorgt haben, erfolgten im Rahmen der TVöD-Tarifrunde 2023.

- Für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Bundesländer gilt der **Tarifvertrag der Länder (TV-L)**. Eine der größten Beschäftigtengruppe sind die angestellten Lehrerinnen und Lehrer. Verhandlungspartner sind auch hier die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und auf der anderen Seite die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), der alle Bundesländer mit Ausnahme Hessens angehören. Berlin, das zeitweise wie Hessen ausgetreten war, ist inzwischen wieder in die TdL zurückgekehrt.

- Für die Landesbeschäftigten in Hessen gilt der **Tarifvertrag Hessen (TV-H)**, der zwischen den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und der Landesregierung verhandelt wird.

Die drei großen Tarifwerke weisen sehr viele Gemeinsamkeiten auf. Viele arbeitsrechtliche Regelungen sind völlig identisch und auch unter den gleichen Paragrafenzahlen zu finden. Will man etwas über die Einzelheiten für eine Arbeitsbefreiung aus persönlichen Gründen oder die Kündigungsfristen erfahren, schaut man im TVöD, im TV-L und im TV-H gleichermaßen in den § 29 (Arbeitsbefreiung) bzw. in den § 34 (Kündigung).

Anders ist das insbesondere bei den Regelungen zum Entgelt, zu Sonderzahlungen oder zur Arbeitszeit. Diese Themen werden in einer wechselnden zeitlichen Abfolge in unterschiedlichen Tarifrunden verhandelt.

Die nächste Tarifrunde in Hessen

In der letzten Tarifrunde im Bereich des TV-H einigten sich die Gewerkschaften mit dem Land Hessen im Oktober 2021 auf einen Entgelt-Tarifvertrag mit einer Laufzeit von 28 Monaten. Am Anfang gab es eine Corona-Sonderzahlung von 1.000 Euro, danach kamen zwei Gehaltserhöhungen zum 1.8.2022 um 2,2 Prozent und jetzt zum

Tarifrunde TVöD 2023: Warnstreik am 2. März in Hofheim *Foto: GEW*

1.8.2023 um weitere 1,8 Prozent. Diese Gehaltstabellen können frühestens zum 31.Januar 2024 gekündigt werden.

Corona und die Mehrbelastungen auch für die Landesbeschäftigten waren also durchaus ein Thema, während die Preisentwicklung insbesondere bei den Energiekosten im Zuge des Kriegs gegen die Ukraine noch nicht abzusehen war. Anders bei der aktuellen Tarifrunde im Bereich des TVöD! Hier sind die Gewerkschaften dem Ziel eines Inflationsausgleichs und des Erhalts der Reallöhne zumindest ein Stück näher gekommen.

In der nächsten Tarifrunde in Hessen, die Anfang 2024 ansteht, wird hier einiges nachzuholen sein, was aber nur mit der nötigen Kampfkraft und einer konsequenten Verhandlungsführung durchsetzbar sein wird.
Allerdings werden die Tarifverhandlungen in Hessen im Bereich des TV-H erst nach dem Tarifabschluss im Bereich des TV-L stattfinden. Das heißt aber nicht, dass wir uns zurücklehnen und davon ausgehen können, dass die Kolleginnen und Kollegen in den anderen Bundesländern das „für uns richten werden". Auch jede neue hessische Landesregierung wird sehr genau hinschauen, ob die Ergebnisse im Bereich des TV-L auch der Maßstab für Hessen sein werden.
Die Tarifverhandlungen im Bereich des TV-L beginnen Ende Oktober 2023 in Berlin und werden im November und Dezember in Potsdam fortgesetzt. In dieser Zeit ist die Solidarität der Beschäftigten in Hessen gefragt – und übrigens auch der Beamtinnen und Beamten. Die Tarifrunde im Bereich des TV-H findet ganz am Anfang einer Legislaturperiode des Landtags statt. Alte oder neue Regierungsparteien könnten spekulieren, dass man ein Abweichen gegenüber der Einigung in den anderen Bundesländern sowohl beim Tarifabschluss als auch bei der Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten bis zur nächsten Wahl 2028 wieder vergessen haben könnte.

Deshalb ist es gut, dass sich die Mitgliederversammlung des GEW-Kreisverbands Groß-Gerau schon Anfang März vorausschauend mit den Forderungen an die Tarifkommission der GEW Hessen befasst hat (siehe Kasten).

Harald Freiling

Mitgliederversammlung unterstützt Forderungen an die Tarifkommission

Die Mitgliederversammlung des KV Groß-Gerau erklärt sich solidarisch mit den Streikenden im Bereich des TVöD und beschließt Forderungen für die nächsten Tarifrunden im Bereich des TV-L und des TV-H ab Oktober 2023 und für Verbesserungen im Bereich des TV Entgeltordnung Lehrkräfte Hessen (TV EGO-L-H).

- Aufgrund der stark gestiegenen Lebenshaltungskosten ist auch für die Landesangestellten eine deutliche Tariferhöhung dringend angebracht. Die Tarifkommissionen sollten mit Forderungen nach einem vollen Inflationsausgleich in Höhe von mindestens 500 € in die Verhandlung gehen. Dabei sind die unteren Lohngruppen deutlich anzuheben. Ebenso ist die Zusatzversorgung der Landesangestellten (VLB) zu stärken, um eine Altersversorgung über dem Niveau der Grundsicherung zu gewährleisten.

- In Bezug auf die aktuelle Rentenentwicklung sind Einmalzahlungen abzulehnen, da diese weder Renten- noch Tabellenwirksamkeit entfalten.

- Viele Kolleginnen und Kollegen, die als unterrichtsbegleitende Kräfte auf einer UBUS-Stelle tätig sind, müssen in Teilzeit arbeiten, da die Schulen in der Regel nur ein Anrecht auf eine halbe UBUS-Stelle haben. Diese Zwangsteilzeit muss beendet werden! Mit einem halben Gehalt in den Entgeltgruppen EG 8 bis EG 10 ist keine vernünftige Lebensplanung möglich.

- Wir fordern Verbesserungen für die UBUS-Beschäftigten durch neue Verhandlungen über den TV EGO-L-H. Die angekündigten 16 UBUS-Koordinationsstellen sind noch immer nur auf dem Papier vorhanden. Unklar bleibt weiterhin, welche Qualifikationen und Voraussetzungen von den Bewerberinnen und Bewerbern erwartet werden. Wir fordern die zeitnahe Einstellung dieser Koordinatorinnen und Koordinatoren und darüber hinaus eine Ausweitung der Anzahl dieser Stellen.

- Wir fordern deutliche Verbesserungen im TV EGO-L-H für die Fachlehrerinnen und Fachlehrer an beruflichen Schulen.

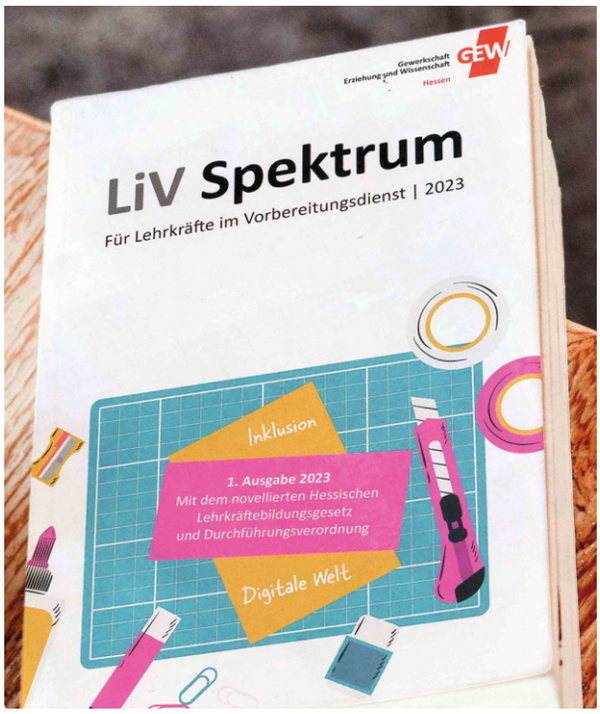
Willkommen liebe LiV!

Am 2. Mai haben in Hessen rund 1.300 junge Kolleginnen und Kollegen mit dem Referendariat begonnen, etwa 35 von ihnen am Studienseminar für Grund-, Haupt-, Real- und Förderschulen in Rüsselsheim. Das sind deutlich weniger als in den Vorjahren. Die Entspannung an den Studienseminaren hat allerdings auch eine Kehrseite: Eine Wende in der Versorgung der Schulen mit ausgebildeten Lehrkräften ist nicht in Sicht. Und auch aus den hessischen Hochschulen gibt es neue alarmierende Meldungen, denn die Zahl der neuen Lehramtsstudierenden ging 2022 insbesondere im Bereich der Lehrämter für Haupt- und Realschulen und Förderschulen deutlich zurück (HLZ 5/2023, S.26).

Nach den Einführungsveranstaltungen am Studienseminar sind die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LiV) inzwischen an den Schulen angekommen, wo sie erste Kontakte knüpfen, hospitieren und sich auf die Suche nach einem Mentor oder einer Mentorin machen. Viele ältere Kolleginnen und Kollegen können sich noch gut an diese Zeit erinnern und werden dazu beitragen, den Einstieg zu erleichtern, auch wenn sie – Oberkante-Unterlippe – mit Arbeit zugedeckt sind und die halbe Entlastungsstunde für Mentorinnen und Mentoren kein angemessener Ausgleich ist.

LiV Spektrum: Unsere Empfehlung

Allen neuen und auch den erfahrenen, erneut geforderten Mentorinnen und Mentoren und den neuen LiV ist die GEW-Broschüre „LiV Spektrum“ mit allen wichtigen Infos auf über 150 Seiten ein treuer Begleiter durch das Referendariat. Nach der Novellierung des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes (HLbG) und der dazugehörigen Durchführungsverordnung (HbG-DV) ist LiV Spektrum jetzt mit allen Rechtsvorschriften und den entsprechenden



Erläuterungen auf dem aktuellsten Stand. Erneut wird die GEW auch für diesen Einstellungstermin auf eine gedruckte Version verzichten.

- Der Download erfolgt über den QR-Code auf dieser Seite oder unter www.gew-hessen.de/veroeffentlichungen/zeitschriften/liv-spektrum.

GEW-Mitglieder in den Schulen werden die neuen Kolleginnen und Kollegen auch auf die Vorteile einer Mitgliedschaft in der GEW hinweisen:

- Informationen über die Prämien als Dankeschön für die Werbung eines neuen Mitglieds findet man unter https://www.gew.de/praemienwerbung.

- Der Mitgliedsantrag kann auch online ausgefüllt werden: https://www.gew.de/mitglied-werden

Harald Freiling

Mitgliederversammlungen der Kreisverbände

Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Groß-Gerau

Am 21. März wurden bei der Mitgliederversammlung in Groß-Gerau die bisherigen Kreisvorsitzenden wiedergewählt. Dem Vorsitzendenteam gehören an: Robert Hottinger, Claudia Kuse, Dorothee Schäfer und Nathalie Thoumas.

Ebenfalls wiedergewählt wurden Harald Freiling als Kreisrechtsberater und Bernhard Trillig als Kreisrechner.

Das Vorsitzenden-Team des Kreisverbandes Groß-Gerau von links nach rechts: Nathalie Thoumas, Robert Hottinger, Claudia Kuse, Dorothee Schäfer, Margot Marz

Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Main-Taunus

Am 27. April wurden bei der Mitgliederversammlung in Bad Soden die bisherigen Kreisvorsitzenden wiedergewählt: Inge Druschel-Lang, Katja Pohl und Andreas Stähler.

Neu in das Vorsitzendenteam gewählt wurde Peter Engelhardt.

Wiedergewählt wurden Harald Freiling als Kreisrechtsberater und Hildegard Pongratz-Porr als Kreisrechnerin.

Die Kontaktadressen der Ansprechpersonen in den beiden Kreisverbänden sind auf der gemeinsamen Website der beiden Kreise veröffentlicht:
www.gew-gg-mtk.de

Das Vorsitzenden-Team des Kreisverbandes Main-Taunus von links nach rechts: Inge Druschel-Lang, Peter Engelhardt, Katja Pohl, Andreas Stähler

Fotos: Stefanie Margaritis

Strukturreform in der GEW

Die GEW-Kreisverbände Main-Taunus und Groß-Gerau gehörten bisher im Rahmen der satzungsrechtlichen Möglichkeit, dass sich Kreisverbände der GEW zu Bezirksverbänden zusammenschließen können, zum GEW-Bezirksverband Südhessen. Anfang 2022 hatten die beiden GEW-Kreisverbände Main-Taunus und Groß-Gerau entschieden, ihre Mitgliedschaft im GEW-Bezirksverband Südhessen ruhen zu lassen. Diese Entscheidung begründeten die Kreisverbände damit, dass faktisch schon seit langer Zeit die Ebene des Bezirksverbandes für ihre Arbeit in den Hintergrund getreten ist, zumal seit 1998 kein Personalrat mehr auf dieser Ebene existiert.
Die GEW-Kreisverbände kooperieren im gemeinsamen Gesamtpersonalrat Groß-Gerau und Main-Taunus in Rüsselsheim.

Die Mitgliederversammlungen der beiden Kreise beschlossen nun jeweils den formellen Austritt aus dem GEW-Bezirksverband Südhessen. Die ehrenamtlichen Kreisvorstände wollen ihr Engagement noch stärker konzentrieren auf die Arbeit in den Kreisen sowie hessenweit im GEW-Landesvorstand, in dem alle GEW-Kreisverbände vertreten sind.

In der GEW-Hessen arbeitet seit einem Jahr eine Strukturarbeitsgruppe an Vorschlägen zu einer Satzungsänderung, die das Zusammenwirken der regionalen Gliederungen sowie der Fach- und Personengruppen innerhalb der GEW teilweise neu regeln soll. Diese Vorschläge sollen im kommenden Oktober der Landesdelegiertenversammlung vorgelegt werden.

MITMACHEN LOHNT SICH!

Bluetooth-Box von JBL

Akupressur-Set

Spiel des Jahres 2021 – MicroMacro: Crime City

Ein neues GEW-Mitglied werben und Deine tolle Prämie gleich online anfordern:
www.gew.de/praemie

Spenden

Hautfarben-Stifte

Bambus-Schneidebrett mit Auffangschalen

GEW-Bento Box

LEGO-Box Classic

Fahrradtasche

Büchergutschein

Weinset Lebenshilfe

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordere den Prämienkatalog an!
Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211 oder per Coupon:

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon

PLZ/Ort

E-Mail

Bitte den Coupon in Druckschrift vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

E&W-Prämien 2022/2023

Lehrer:innen und Schüler:innen der Grundschule Süd-West bei der Übergabe des Hessischen Inklusionspreises *(Foto: Grundschule Süd-West)*

Grundschule Süd-West, Eschborn, erhielt den Hessischen Inklusionspreis

Am 5. Mai 2023 wurde im Dominikanerkloster in Frankfurt zum ersten Mal der Hessische Inklusionspreis verliehen. Der Preis ehrt Einrichtungen, die sich besonders für das Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen einsetzen. Er war von einem zivilgesellschaftlichen Bündnis, der Gruppe InklusionsBeobachtung, erstmalig ausgeschrieben worden. Zur Bewerbung eingeladen waren hessische Bildungseinrichtungen und Vereine, die besonders gelungene inklusive Ansätze realisieren. Dabei wurde zwischen den Bereichen frühkindliche Bildung, Schule sowie Freizeit/Sport/Vereine unterschieden. Eine sechsköpfige Jury traf aus der Vielzahl an eingegangenen Bewerbungen eine Auswahl. Dabei würdigte sie Einrichtungen besonders, die beispielsweise die Bedürfnisse von jungen Menschen mit Behinderung in den Blick nehmen oder ein gemeinsames Erleben und Lernen von Menschen mit und ohne Behinderung ermöglichen.

In der Gruppe InklusionsBeobachtung sind der elternbund hessen e.V., Gemeinsam leben Hessen e.V., die Landesschüler*innenvertretung, der Landesbehindertenrat, der Landesausländerbeirat sowie die GEW Hessen zusammengeschlossen.

Die Grundschule Süd-West, Eschborn wurde mit dem 2. Preis ausgezeichnet und wird damit als die am besten inklusiv arbeitende Grundschule in Hessen geehrt. Der erste Preis ging an eine weiterführende Schule aus Frankfurt. Eine Delegation aus Kindern und Lehrkräften der Süd-West-Schule nahm den Preis entgegen. Neben einem Preisgeld von 300 € erhielt die Schule eine Urkunde und einen gravierten Holzblock, der das „dicke Brett“ darstellen soll, das die Süd-West-Schule mit ihrer kontinuierlich sehr guten inklusiven Arbeit „bohrt“.

(Foto: Grundschule Süd-West)

Thilo Hartmann, Vorsitzender der GEW-Hessen, lobte in seiner Laudatio die hervorragende Arbeit der Preisträger. Die Grundschule Süd-West arbeitet seit 1986 inklusiv. Sie war die erste Schule im Main-Taunus-Kreis und eine der ersten in Hessen, die den gemeinsamen Unterricht von behinderten und nicht behinderten Schülerinnen und Schülern entwickelte. Heute ist sie eine Schule für alle Kinder mit einem vielfältigen Angebot und lebendiger Schulkultur.

Wir gratulieren der Schule und ihrem multiprofessionellen Team zum Preis, den sie für ihre hervorragende Arbeit bekommen haben.

red

URKUNDE

HESSISCHER INKLUSIONSPREIS 2022

GRUNDSCHULE SÜD-WEST, ESCHBORN

hat beim erstmalig ausgeschriebenen Hessischen Inklusionspreis 2022 den zweiten Platz im Bereich Schule erreicht.

Thilo Hartmann
Vorsitzender der GEW Hessen

Gruppe InklusionsBeobachtung

Schulentwicklung in Rüsselsheim

GEW KV Groß-Gerau zum Gespräch im Rathaus

Der aktuell geltende Schulentwicklungsplan (SEP) formuliert ein ambitioniertes Programm zur Sanierung und zum Ausbau der Rüsselsheimer Schulen. Dies steht teilweise im Kontrast zur Kritik aus Schüler-, Eltern- und Lehrerschaft an Ausstattung und Arbeitsbedingungen in den Rüsselsheimer Schulen. Es war also an der Zeit, eine Zwischenbilanz zum laufenden Schulentwicklungsplan zu ziehen. Dazu formulierten Karola Pruschke-Löw und Bernd Heyl aus unserem Kreisvorstand eine Reihe von Fragen, die wir dem Magistrat und den Stadtverordneten zu Beginn des Jahres stellten. Nach einer schriftlichen Antwort aus dem Rathaus fand am 26.04. ein zweieinhalbstündiges konstruktives Gespräch mit Bürgermeister Grieser, Frau Schmalenbach und Herrn Nogueira für die Stadt und Martin Einsiedel und Robert Hottinger für den Kreisverband der GEW Groß-Gerau statt. Die Runde war sich schnell einig, dass es erstrebenswert ist, den Kontakt zu pflegen, um zwischen pädagogischen Notwendigkeiten und den Möglichkeiten des Schulträgers im Hinblick auf die materiellen und baulichen Voraussetzungen an den Schulen zu vermitteln. Ein vergleichbarer Gesprächskanal mit regelmäßigen Treffen zwischen dem Kreisverband der GEW Groß-Gerau und dem Schulträger des Kreises Groß-Gerau bzw. Landrat Will besteht schon seit Jahren.

Neue Prioritätenliste

Von großem Interesse für uns war dabei der Zeithorizont der beabsichtigten Maßnahmen, der nun in der neuen Prioritätenliste vom Mai 2023 seinen Niederschlag findet. Trotz des Personalmangels und der steigenden Baukosten ist sich Bürgermeister Grieser sicher, dass die dort aufgeführten Baumaßnahmen umgesetzt werden, „koste es, was es wolle“.
Allerdings werden die Schüler:innenzahlen gerade in den kommenden zwei Jahren besonders stark ansteigen. An fast jeder Schule gibt es Baustellen und eine Menge großer Um- und Neubauprojekte befindet sich erst in der Planung. Häufig ist noch nicht klar, bis wann sie in Angriff genommen und umgesetzt werden können.

Als Beispiel kann man hier die Georg-Büchner-Schule nennen, in der nun die geplante Mensa und Räume für multiprofessionelle Teams zeitnah umgesetzt werden sollen. Der Schule wurde allerdings bereits vor sechs Jahren Dringlichkeit bescheinigt und sie ist jetzt bei der Priorisierung in die Position „laufendes Projekt“ gebracht worden. Das heißt aber auch, dass bereits erarbeitete Pläne und Konzepte wieder auf den Prüfstand kommen müssen, um aktualisiert zu werden.

Die sanierungsbedürftige Georg-Büchner-Schule in Rüsselsheim *(Foto: Karola Pruschke-Löw)*

Im Hinblick auf die Immanuel-Kant-Schule ist zu begrüßen, dass der Schulträger in der letzten Zeit den Handlungsbedarf anlässlich der fehlenden Raumkapazität und des Sanierungsstaus erkannt hat, nicht zuletzt wegen der beabsichtigten Sechszügigkeit und Benachteiligung gegenüber anderen Schulen. Während der umfangreichen Baumaßnahmen nicht nur an dieser Schule wird es aber längere Zwischenlösungen mit Containern geben müssen, wobei die Qualität der Container eine entscheidende Rolle für die Lernumgebung spielt.

Engpässe an Sek I-Schulen

Dass Rüsselsheim viele Kinder zusätzlich aus dem Kreis aufnehme, führe so Grieser zu großem Druck auf die beiden städtischen Gymnasien und die Helen-Keller-Schule. Rüsselsheim könne den Bedarf in diesen Bereichen für die Schüler:innen der Stadt ansonsten selbst abdecken. Der Kreis kaufe sich z.B auch mit zwei Eingangsklassen in der Gerhart-Hauptmann-Schule ein. Aufgrund der überall stark steigenden Schülerschaft wird darum neben einer neuen Grundschule der Bau einer weiteren Schule für die Sekundarstufe 1 womöglich auch im Neubaugebiet Eselswiese beabsichtigt.

Im Rahmen der Lenkung der Schüler:innen an die weiterführenden Schulen zeigte sich aktuell erneut, dass die Gymnasien bei den Eltern sehr stark nachgefragt werden. Die Schulträger von Stadt und Kreis leiten aus dem Elternwillen ab, dass die drei Gymnasien entsprechend genug Kapazitäten vorhalten müssen. Man sehe hier vor allem Möglichkeiten beim Neuen Gymnasium.

Leider verstärkt diese Haltung die ohnehin schon vorhandene Sorge mancher Eltern, dass ihre Kinder durch den Besuch einer Gesamtschule in ihrer Bildungsbiografie „abgehängt“ werden könnten, obwohl diese Schulart den gymnasialen Bildungsgang auch anbietet und differenzierteres und längeres gemeinsames Lernen ermöglicht, wodurch die Schüler:innen in dieser Struktur besser unterstützt werden können und was der Spaltung der Gesellschaft insgesamt entgegenwirken könnte.

Bauarbeiten an der Alexander-von-Humboldt-Schule (Foto: Karola Pruschke-Löw)

Vor diesem Hintergrund begrüßt die GEW als Bildungsgewerkschaft die vorgenommene Neugestaltung der Rüsselsheimer Grundschulbezirke ausdrücklich. Sie solle die soziale Durchmischung an den Schulen fördern, soweit man Rückschlüsse auf die sozioökonomische Situation der Haushalte ziehen könne.

Megabaustelle Nachmittagsbetreuung

Auch die Nachfrage nach Betreuungsplätzen an den Schulen steigt. Im Hinblick auf das Ganztagsangebot ab 2026 sieht Frau Schmalenbach die Stadt gut aufgestellt, man habe bereits viele Ziele erreicht, wenn man dabei Sporthallen, Mensen, Klassen- bzw. Ganztagsräume berücksichtige. Seitens der Eltern können 3 bis 5 Tage in der Woche gewählt werden. Man sei auch im Gespräch mit Vereinen, um das Ganztagsangebot zu bereichern. Nutzungskonflikte bei der Nutzung von Räumen seien dabei aber nicht ausgeschlossen.

Grundsätzlich kritisch zu betrachten ist u. E. die große Unterschiedlichkeit der Organisationsformen in der Betreuung, was Trägerschaft, Beschäftigungsverhältnisse, Personalrekrutierung, Qualitätsanforderungen und Ausstattung betrifft. Die Weiterentwicklung zur echten Ganztagsschule ist dabei aus Sicht der GEW völlig aus dem Blick geraten.

Es wäre zwingend nötig, eine sinnvolle und einheitliche Organisationsstruktur zu realisieren, um die bestehende Unübersichtlichkeit zu beenden. Diese führt zur Überforderung aller in einem solchen System Arbeitenden und verhindert eine Entwicklung hin zu mehr Qualität.

Förderschulen und Inklusion

Im Rahmen der Schaffung von günstigen Bedingungen für die Inklusion gibt Grieser an, dass die Erfordernisse im Hinblick auf die Abarbeitung der Prioritätenliste berücksichtigt werden, z.B. Schallschutz, Differenzierungsräume, Pflegebäder, usw. … Bei der Grundschule Im Eichgrund sei die Umsetzung gelungen, bei der Grundschule Innenstadt gebe es noch Handlungsbedarf, da diese z.B. nicht barrierefrei sei.

Im Hinblick auf die Entlastung der Helen-Keller-Schule müsse man wegen der Baumaßnahmen im Kreis Groß-Gerau für eine Förderschule mit dem

Schwerpunkt GE in Trebur noch Jahre warten. Deshalb sei eine Zwischenlösung mit geeigneten Containern wünschenswert. Davon abgesehen stellen die Vertreter der Stadt perspektivisch die Existenz der Borngrabenschule infrage, da Inklusion an den Regelschulen grundsätzlich besser gelänge, was wir so in der zzt. gültigen Umsetzung von Inklusion nicht unbedingt bestätigen können.
Denn für die Inklusion ist zu oft weder die räumliche, sächliche und schon gar keine ausreichende personelle Ausstattung an Regelschulen vorhanden.

Land und Kommunen

Im Hinblick auf den sich zuspitzenden Lehrer:innenmangel spielt eine attraktive Arbeitsumgebung wegen der Konkurrenz zu anderen Kommunen, Schulamtsbezirken und Bundesländern eine große Rolle. Laut Bürgermeister Grieser beachte man den Standard der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt), um möglichst gleichwertige bauliche Bedingungen in den Kommunen zu erreichen. Davon abgesehen sei die Stadt bestrebt, pädagogische Konzepte vor der Umsetzung von Baumaßnahmen aufzunehmen, weshalb auch der Austausch mit der GEW willkommen sei.

Schließlich betont Bürgermeister Grieser, dass die Landesmittel für die umfangreichen Aufgaben, z.B. im Kita-Brereich, für den Ganztag (ca. 4,1 Mio €), für die Digitalisierung (ca. 4,1 Mio € gegenüber 20 Mio € von der Stadt) zu gering ausfallen. Im Rahmen der Kommunalfinanzierung favorisiere er die Formulierung und Finanzierung von Mindeststandards durch das Land, wobei die Kommunen nach Wunsch aufstocken bzw. selbst finanzieren können, um darüber hinaus eigene Maßnahmen umsetzen zu können.

Die Umsetzung des Medienentwicklungsplans (MEP), etwa die allgemeine Ausstattung der Schulen mit WLAN habe seitens der Stadt nun absolute Priorität, wenngleich Smartboards wegen der Finanzierung immer nur in Tranchen angebracht werden können.

Schulentwicklungsplan für 2025-2030

Nun steht ein neuer Schulentwicklungsplan an, der den Rahmen für künftige Maßnahmen auf Basis der bestehenden Fakten und Entwicklungen bilden wird. Der Beschlussvorschlag dazu formuliert an prominenter Stelle, dass dessen „Erarbeitung in einem partizipativen Prozess unter Einbeziehung der Politik mit allen relevanten Akteur:innen der Bildungslandschaft (Schulleitung, Schulstadtelternbeirat, Schüler:innenvertretung)“ erfolgen soll.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass der Schulleitungsbeirat laut Auskunft der Stadt im Begriff sei, sich zu reorganisieren und im Sinne einer besseren Handlungsfähigkeit und Effektivität zu verschlanken. Da die Lehrer:innen weiterhin nicht in einem solchen Gremium vorgesehen sind (sie werden wohl durch die Schulleitungen „vertreten“?) – wird die GEW weiter versuchen, die Sichtweise der Kolleg:innen einzubringen.

Schulentwicklung besteht für uns nicht nur in Quantität, sondern auch in Qualität. In diesem Sinne bitten wir um Berichte und Kommentare aus den Schulen, die wir vertraulich behandeln und durch die wir die Interessen der Schüler:innen, der Lehrkräfte und der multiprofessionellen Teams an den Schulen besser vertreten können. Berichte bitte an: r.hottinger@gew-gg-mtk.de.

Karola Pruschke-Löw, Robert Hottinger

Ungebrochen solidarisch

Der 1. Mai in Rüsselsheim

Traditionell rufen die Gewerkschaften am 1. Mai zu Kundgebungen und Demonstrationen auf, und bisher war es üblich, dass die Presse, auch die regionale, ausführlich darüber berichtete. Andernorts geschieht das auch. Nicht so in Rüsselsheim. Nach der Zusammenlegung der Tageszeitungen Echo und Mainspitze werden immer öfter Presseerklärungen von DGB und Einzelgewerkschaften ignoriert, so etwa eine Solidaritätserklärung des DGB Groß-Gerau mit dem Kampf der Kolleg:innen der französischen CGT gegen die Anhebung des Renteneintrittsalters. Weder über die Veranstaltung des Aktionsbündnisses für soziale Gerechtigkeit zum Thema „Krise und öffentliche Finanzen: Wer bezahlt die Zeche", noch über die Maikundgebung und das Maifest am Naturfreundehaus berichtete die Mainspitze. Wir dokumentieren daher den Rüsselsheimer 1. Mai in GEW regional.

„Die Welt befindet sich im Krisen-Dauermodus: Energiekrise, Klimakrise, der Krieg in der Ukraine, die hohe Inflation und die Auswirkungen der Corona-Pandemie erzeugen Unsicherheit und stürzen viele Menschen in existentielle Sorgen", mit diesen Worten eröffnete der Vorsitzende des Rüsselsheimer DGB Ortsvereins, Bernd Schiffler, die diesjährige Maikundgebung. Mit ca. 200 Teilnehmer:innen waren deutlich mehr Menschen gekommen, als in den vergangenen Jahren. In Krisenzeiten wächst die Bedeutung der Gewerkschaften. In den vergangenen Tarifrunden konnten durch gewerkschaftlichen Druck und zahlreiche Warnstreiks Ergebnisse erzielt werden, die immerhin einen Teil der Inflation ausgleichen und es war auch dieser Druck, der staatliche Energiepreisbremse und Einmalzahlungen mit auf den Weg half.

Fachkräftemangel

Bevor der Hauptredner Horst Gobrecht zu Wort kam, erhielten Kolleginnen und Kollegen aus Rüsselsheimer Betrieben, das Beratungsnetzwerk Faire Mobilität sowie die Katholische Arbeitnehmerbewegung Gelegenheit, über ihre Arbeit, ihre Sorgen und Nöte zu berichten. Tamara Zachmann, Petra Geyer und Michaela Stasche von den ver.di Vertrauensleuten bei der Stadt Rüsselsheim forderten mit Nachdruck die politisch Verantwortlichen der Stadt auf, die Arbeitsbedingungen der städtischen Beschäftigten deutlich zu verbessern. Ob bei den Kindertagesstätten, den sozialen Diensten oder der Wohngeldstelle, überall werde mit zu wenig Personal kalkuliert, überall seien Stellen unbesetzt, überall fehlten Fachkräfte.

Mit deutlichen Worten beschrieben die Kolleg:innen ihre Nöte. Von der Stadtspitze waren der Stadtrat Nils Kraft und der Stadtverordnetenvorsteher und Oberbürgermeisterkandidat Jens Grode anwesend. Ob sie verstanden haben?

1. Mai-Kundgebung 2023 auf dem Rüsselsheimer Löwenplatz *(Foto: Helga Roth)*

Problem Leiharbeit

Martin Kiesel von der Vertrauenskörperleitung des Opel-Werks in Rüsselsheim griff das brennende Thema Leiharbeit auf. Für die Rüsselsheimer Stadtpolitk sind die Entwicklungen „beim Opel“ immer ein brennendes Thema. Ob die Inhaber General Motors, Segula oder Stellantis heißen, die Probleme gleichen sich. In der Astra-Fertigung des Opel-Werks arbeiten aktuell weit über 1.000 Leiharbeitende, Folge des massiven Abbaus der Stammbelegschaft. Leiharbeitende erhalten zwar den gleichen Stundenlohn wie Festangestellte, sind aber von den meisten tariflichen und betrieblichen Sonderzahlungen, wie z.B. Inflationsausgleichsprämie, Gewinnbeteiligungen, Urlaubs- oder Weihnachtsgeld, ausgenommen. Dazu kommt, dass Opel die gesetzlich auf 18 Monate festgelegte Höchstüberlassungszeit gerne auf 32 Monate angehoben hätte. Mit Nachdruck forderte Martin Kiesel dagegen die Reduzierung der maximalen Überlassungsdauer und schnelle Perspektiven für eine Festanstellung, die Zahlung aller Sonderzahlungen auch an Leiharbeiter:innen und die generelle Eindämmung von Leiharbeit.

Skandalöse Zustände

Maria Aniol, vom Beratungsnetzwerk Faire Mobilität, informierte über skandalöse Arbeitsbedingungen für Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten aus Osteuropa. Das Netzwerk unterhält mittlerweile mehr als 10 Beratungsstellen in Deutschland und berät Arbeitsmigrant:innen in ihrer jeweiligen Muttersprache zum deutschen Arbeitsrecht und ist auch vor Ort, wenn es zu Konflikten und Aktionen kommt. So beim Streik der LKW-Fahrer der polnischen Spedition Lukasz Masur.

Opel-Kolleg:innen gegen Leiharbeit bei der Kundgebung am 1. Mai 2023 auf dem Rüsselsheimer Löwenplatz
(Foto Helga Roth)

60 LKW-Fahrer waren am 20. März in den Streik getreten und hatten die Fahrzeuge, in denen sie teils monatelang ununterbrochen lebten, bei der Raststätte Gräfenhausen festgesetzt. Mazur schuldete den Arbeitern insgesamt 300.000 Euro Lohn. Im Verlauf des fünfwöchigen Arbeitskampfes versuchte der Firmenchef mit Hilfe der rechten paramilitärischen Schlägertruppe „Rutkowski Patrol“ aus Polen wieder in den Besitz der Trucks zu kommen. Die deutsche Polizei konnte dies verhindern. Nach fünfwöchigem Streik, großer Solidarität aus der Bevölkerung, die die Mittellosen mit Essen und allem anderen Lebensnotwendigem versorgte, musste Masur zahlen.

Für einen existenzsicheren Mindestlohn

Hans-Peter Greiner, Diözesanvorsitzender der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung stellte den Maiaufruf der KAB vor und setzte sich mit prekärer Beschäftigung und ihren Folgen auseinander. Obwohl klar ist, dass die aktuell getätigten Tarifabschlüsse, den Reallohnverlust nicht ausgleichen, bedankte er sich bei den DGB-Gewerkschaften für die offensiv geführten Tarifkämpfe und wünschte weiterhin viel Erfolg. „Arbeitseinkommen muss zum Leben reichen“, so Hans-Peter Greiner. Der aktuell geltende Mindestlohn von 12.00 Euro müsse auf 15.00 Euro angehoben werden. Wer heute zu wenig verdiene, sei von Altersarmut bedroht. Auch vor diesem Hintergrund müssten die diesjährigen Einmalzahlungen kritisch gesehen werden. Existenzsichernde Tariflöhne seien die Voraussetzung für eine solidarische Alterssicherung. Unverzichtbar sei in diesem Kontext eine Stärkung der gesetzlichen Sozialversicherung, Privatisierung von Renten- und Krankenversicherung der falsche Weg. „Ob wir bei Krankheit oder im Alter ausreichend versorgt sind, kann und darf nicht an der Börse entschieden werden“, stellte Greiner fest.

Für Frieden und eine sozial-ökologische Klimapolitik

Der diesjährige Hauptredner bei der Rüsselsheimer Maikundgebung Horst Gobrecht von ver.di Südhessen, beleuchtete gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge und Hintergründe. Abhängig Beschäftigte brauchten keine Kriege, so sein Credo. Deshalb müsse der Krieg in der Ukraine als ein von der russischen Regierung begangenes und zu verantwortendes Verbrechen scharf verurteilt werden. Der Verlauf des Krieges habe uns an den Rand des 3. Weltkrieges geführt, bewirke Verrohung der Menschen auf beiden Seiten und bei

uns eine Militarisierung des Denkens, der Politik und der Sprache und einen Anstieg der Rheinmetallaktie von 90 auf 276 Euro. Auf keinen Fall dürfe der Ukraine-Krieg zum Vorbild für die Lösung anderer Konflikt- und Krisenherde, etwa in Libyen, Syrien, Jemen, Israel, Sudan werden, so Gobrecht. Nur ein sofortiger Waffenstillstand und Diplomatie könnten den Frieden bringen, den abhängig Beschäftigte und eine konsequente sozial-ökologische Klimapolitik so dringend brauchen.

Um die ökologische Katastrophe zu stoppen, bedürfe es einer Überwindung der Polarisierung zwischen Arm und Reich international und in einzelnen Ländern. Während weltweit die reichsten 10% der Menschheit 76% des weltweiten Vermögens besäßen, verblieben den unteren 50% gerade 2% des Vermögens. Deshalb könne eine sozial-ökologische Klimapolitik nicht gelingen, wenn sie sich nur auf die Verringerung des CO2 Ausstoßes konzentriere. Appelle an Industrie, Dienstleister:innen und Verbraucher:innen reichten nicht aus. Notwendige Veränderungen im Verbrauch von Energie, Rohstoffen, Land und Wasser, von Lebensstilen, Produktions- und Konsumweisen könnten nur bei einer deutlichen Umverteilung von Einkommen und Vermögen zugunsten ärmerer Haushalte erreicht werden.

Im letzten Teil seiner Rede zog Horst Gobrecht Lehren aus der wechselvollen und gerade im Kampf gegen den Faschismus nicht immer erfolgreichen Geschichte der Arbeiterbewegung und fasste mit den Worten des ehemaligen IG Metall-Vorsitzenden Otto Brenner zusammen: *„… die Demokratie (droht) eine leichte Beute reaktionärer Kräfte und politischer Abenteurer zu werden, wenn sie der sozialen Sicherung entbehrt. In der modernen Industriegesellschaft genügen die formalen parlamentarisch-demokratischen Rechte und Institutionen nicht, um die gesellschaftlichen Probleme zu lösen. Die Menschen müssen durch die Erweiterung der Demokratie auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet in die Lage versetzt werden in demokratischer Eigenverantwortung und Selbstverwaltung den gesamten gesellschaftlichen Prozess zu steuern".*

Wie es in Rüsselsheim Tradition ist, schloss sich an die Kundgebung am Nachmittag ein gemütliches Zusammensein bei Gegrilltem, Salaten, Kuchen und Musik im Naturfreundehaus an.

Krise und öffentliche Finanzen: Wer bezahlt die Zeche?

Im Vorfeld des 1. Mai luden u. a. der DGB Ortverband Rüsselsheim und das Rüsselsheimer Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Thema „Krise und öffentliche Finanzen: Wer bezahlt die Zeche?" ein. Dr. Kai Eicker Wolf, Politikwissenschaftler und Volkswirt, Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik beim DGB Hessen Thüringen und Referent für finanzpolitische Fragen bei der GEW Hessen sprach im Haus der Kirche – Katharina von Bora in Rüsselsheim.
Zunächst umriss der Referent die großen Herausforderungen, vor denen die öffentliche Hand in Deutschland steht:

- Die Kommunen stehen vor einem Investitionsstau von fast 160 Milliarden Euro
- Für die sozial-ökologische Transformation müssen in den nächsten 10 Jahren nach einer IMK (Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung)-Schätzung 600-800 Milliarden Euro aufgebracht werden.
- Die Unterfinanzierung großer Teile der personenbezogenen und staatlich organisierten Dienstleistungen (Bildung, Gesundheit, Pflege) muss überwunden werden.
- Die Schaffung von Wohnraum bleibt weit hinter den Anforderungen zurück.
- Die Armutsquote in Deutschland steigt seit 2006 deutlich an. Hier muss Abhilfe geschaffen werden.

Wie können diese Aufgaben finanziert werden?

Im Verlauf der Corona-Krise und des Krieges in der Ukraine hat die Bundesregierung drei Entlastungspakete aufgelegt. Um sie zu finanzieren wurde die Schuldenbremse ausgesetzt. Die staatlichen Interventionen haben - bei aller möglichen Kritik – gezeigt, dass kurzfristig enorme Summen mobilisiert werden können. Vor dem Hintergrund der in Deutschland zunehmenden extrem ungleichen Einkommensverteilung, das wohlhabendste Zehntel der Bevölkerung verfügt über 62% aller Vermögenswerte, wäre eine Steuerpolitik wünschenswert, die einkommensstarke und vermögende Haushalte höher belastet. Da die Staatsverschuldung in Deutschland nicht übermäßig hoch ist, wäre es auch kein Problem, die Schuldenbremse abzuschaffen.
Im Anschluss an den Vortrag konnten noch zahlreiche Detailfragen geklärt werden. Einig waren sich die Anwesenden darüber, dass positive Entwicklungen nur durch gewerkschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Druck erzielt werden können.

Bernd Heyl

Der vermessene Mensch

Filmvorführung am 17. Oktober 2023 in Groß-Gerau

Der Film „Der vermessene Mensch“ (Regie und Drehbuch Lars Kraume) erzählt die Geschichte des Genozids an den OvaHerero und Nama zwischen 1904 und 1908 und beginnt im Jahr 1896. In Berlin findet die erste deutsche Kolonialausstellung statt[1]. Etwa 100 Afrikaner:innen sollen in an die Menschenzoos erinnernden Inszenierungen als „Wilde“ zur Schau gestellt werden. Aus Namibia kommen allerdings sechs Männer und drei Frauen mit eigenen Intentionen. Sie verstehen sich als Gesandte und fordern eine Audienz bei Kaiser Wilhelm – die ihnen letztlich gewährt wird. Nicht vorbei kommen sie aber an den entwürdigenden Schädelvermessungen, die der Berliner Professor Felix von Luschan, im Film Professor von Waldstätten, an ihnen vornehmen lässt. Soweit die historischen Fakten. Im Film lernt der junge Ethnologe Alexander Hoffmann beim Vermessen der Köpfe die junge OvaHererofrau Kunouje, die Dolmetscherin der Gruppe, kennen. Bereits hier wird die Ambivalenz Hoffmanns deutlich: Er orientiert sich einerseits an humboldtschen Idealen, ist aber auch Kind seiner Zeit und ihrer rassistischen Vorurteile. Bei der Vermessung von Kunoujes Schädel gehen Faszination und Neugier in Entwürdigung über. Er behandelt sie wie ein Forschungsobjekt.

Als 1904 der deutsch-namibische Krieg beginnt, meldet sich Alexander Hoffmann freiwillig für eine Expedition, die die Soldaten begleiten und „materielle Zeugnisse“ der OvaHerero-Kultur sammeln soll. Der Film zeigt ihn in einer verlassenen OvaHerero-Hütte Schmuck und traditionelle Kleidungsstücke raubend. Professor von Waldstättens Hunger nach ethnologischen Sammlungsstücken wird immer größer und Hoffmann, der Waldstättens Professur übernehmen will, hat nicht genügend Selbstbewusstsein, sich zu wiedersetzen. Er trennt Köpfe toter OvaHerero ab und schickt sie nach Berlin. Seine Hoffnung, Kunouje zu treffen, erfüllt sich erst am Ende des Filmes. Sie befindet sich im berüchtigten Konzentrationslager auf der Haifischinsel in Lüderitz. Ihre Aufgabe ist es, das Fleisch von den Köpfen toter Gefangener zu entfernen. Die Nachfrage deutscher Museen und Institute nach Schädeln ist schier unerschöpflich. Als „wissenschaftliches Forschungsobjekt“ hätte sie die Möglichkeit mit ihm zu gehen. Doch dazu kommt es nicht. Hoffmann reist zurück nach Berlin, tritt die Nachfolge von Waldstättens an und unterrichtet ganz im rassistischen Zeitgeist, der den Weg ebnet für die Ideologie des Nationalsozialismus.

Der Film ist ab 12 Jahre frei gegeben, sollte aber im Unterricht erst ab Klasse 9 nach guter Vorbereitung der Schüler:innen eingesetzt werden. Zu diesem Zweck gibt es Unterrichtsmaterial, das unter *Der_vermessene_Mensch_pädagogisches_Begleitmaterial.pdf* aus dem Internet kostenlos abgerufen werden kann. Das Material enthält unter anderem ein Interview mit dem OvaHerero-Aktivisten Israel Kauntjike. Sein Statement zum Film: „Für mich als OvaHerero-Aktivist ist das eine große Chance, das Thema dieser kolonialen Verbrechen in Namibia gerade auch den jungen Leuten zu vermitteln. … Bilder können ein Thema ganz anders, viel eindrücklicher und überzeugender transportieren, weil sie bei den Menschen Emotionen hervorrufen. Und diese Emotionalisierung finde ich so gut und so wichtig an diesem Film.“

Im Rahmen der Groß-Gerauer Interkulturellen Wochen vom 23. September - 21. Oktober wird der Film am 17. Oktober gezeigt. Unter dem Motto „miteinander Zusammenleben gestalten“ werden zahlreiche, vielfältige Veranstaltungen mit Leben gefüllt, unter anderem mit der Vorführung des Films „Der vermessene Mensch“ im Rahmen des kommunalen Kinos. Der GEW Kreisverband unterstützt und bewirbt diese Veranstaltung. Angeboten werden eine Vorführung ab 17.45 Uhr und eine ab 20.15 Uhr, der Eintritt kostet 5,00 Euro. Im Anschluss an die zweite Vorführung steht Bernd Heyl für Nachfragen und ein Gespräch zur Verfügung.

Ab Mitte August gibt es die Programmhefte zur 19. Interkulturellen Woche u.a. im Stadthaus, in der Bücherei, bei der KVHS oder online unter: www.gross-gerau.de.

---

1 - Die reale Hintergrundgeschichte findet sich bei: Bernd Heyl, **Namibische Gedenk- und Erinnerungsorte**. Postkolonialer Reisebegleiter in die deutsche Kolonialgeschichte, Frankfurt 2021, Seite 253 ff.

Jubilarehrung und Sommerfest am 11. Juli 2023

François Villon –

Frivole Lesung mit Geert Ernst und Uwe Kern

Naturfreundehaus Rüsselsheim ab 18.00 Uhr

Foto: Susanne Rapp

Corona hallt noch nach, aber das gesellschaftliche und damit auch das gewerkschaftliche Leben nehmen wieder Fahrt auf. Nachdem im vergangenen Jahr die Jubilarehrung des KV Groß-Gerau im Rahmen eines GEW-Sommerfestes großen Anklang fand, laden wir die Jubilar:innen der Jahre 2022 und 2023, ihre Partner:innen und alle GEW Kolleg:innen des Kreisverbandes am 11. Juli 2023 in das Naturfreundehaus Rüsselsheim ein. Für Essen und Getränke ist gesorgt. Geert Ernst und Uwe Kern stellen uns Auszüge aus ihrem François Villon-Programm bei den letzten Königstädter Hofkonzerten vor.

Villon war faktisch ein Mörder, Dieb und Mitglied einer Verbrecherbande, aber vor allem einer der bedeutendsten Dichter des späten Mittelalters. Sein knappes Werk, erschließt den ganzen Menschen, physisch und geistig. Wir lernen in seinem großen Testament diesen François Villon kennen mit allen seinen Widersprüchen, Leidenschaften und Irrtümern. Er sah sich nie als Verbrecher, wohl aber als Sünder, wie er oft betont.

Nach einer Übertragung von Ernst Stankovski lassen Geert Ernst und Uwe Kern diesen François Villon zum Leben erwachen. Sie spielen, singen und rezitieren dessen respektlose Lieder, lasterhafte Balladen und kraftvolle Gedichte. Über allem schwebt dabei eine Frage: Waren die Menschen damals wirklich so anders als heute? Ein Programm abseits vom Mainstream, mit dem wir an unsere Jubilarehrungen im Groß-Gerauer Stadtmuseum anknüpfen.

Wir freuen uns auf einen schönen Abend, das Wiedersehen und Gespräche mit möglichst vielen Kolleg:innen. Natürlich sind auch die Kolleg:innen eingeladen, die keine Ehrung zu erwarten haben. Der Eintritt ist für alle frei.

Bitte meldet euch an: bernd.heyl@t-online.de !

Veranstalter: GEW Kreisverband Groß-Gerau

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft,
Walter-Rathenau-Str. 36, 64521 Groß-Gerau

Alle aktuellen Informationen und Termine: www.gew-gg-mtk.de